

Am Etat scheiden sich die Geister

25.9.2
Haushaltsdebatte im Nackenheimer Rat offenbarte parteipolitische Differenzen

m. NACKENHEIM — Bei der Verabschiedung des Haushaltes für 1992, der nicht die Zustimmung von CDU und FWG fand (wir berichteten), wurden die unterschiedlichen Auffassungen gegenüber der „Regierungskoalition“ von SPD/BLN deutlich.

Den Reigen der Etatreden eröffnete SPD-Sprecher Richard Speckenheuer, der das Zurückgehen der freien Finanzspitze auf 247847 Mark bedauerte, und lobte den Ausgleich des Verwaltungs- und Vermögens-etats. Trotz zahlreicher offener Wünsche wertete seine Fraktion den Etat als tragbares Ergebnis. Die SPD bleibe dabei, im Unterfeld kein Gewerbegebiet auszuweisen. Die Sozialdemokraten setzten sich für ein drittes Gleis der Bundesbahn ein und wollten den ÖPNV fördern. Grundsätzlich halte die SPD am regionalen Raumordnungsplan fest. Dem örtlichen Gewerbe werde die Möglichkeit der Expansion gegeben. Doch gebe es von dieser Seite keine große

Resonanz. Speckenheuer bemerkte abschließend, den CDU-Unkenrufen nach müßte die Gemeinde schon längst pleite sein.

Der Haushalt 1992 besitze wenig Inhalt und habe keine politische Aussagekraft, betonte CDU-Sprecher Alfred Hoffmann. Wie seit Jahren könne er seine Rede wieder aus der Schublade ziehen. Für den neuen Kindergarten würden 1,5 Millionen Mark benötigt, nur 100 000 Mark stünden im Etat. Der Ausbau Mahlweg werde jährlich fortgeschrieben. Beim Freizeitgelände „Unterfeld“ werde ins Blaue geplant. 130 000 Mark für einen neuen Unimog seien unsinnig, weil es mit einfachen Geräten billiger gehe. Das Postfrachtzentrum sei gestorben, deshalb sollten die Ansätze aus dem Plan genommen werden. Die Christdemokraten lehnten den Vermögensetat sowie den Verwaltungshaushalt, der unrechtmäßige Personalstellen ausweise, ab. Die CDU kenne genau die

Planungen zum neuen Kindergarten, erwiderte Bürgermeister Günter Ollig, schneller gehe es nicht. Ein Provisorium werde in der Wormser Straße angestrebt. Die Probleme, z. B. hinsichtlich Eichelsbachtal, Weinbergstraße und Mahlweg schiebt man weiter vor sich her, sagte Frieder Stauder (BLN). Eine Stromversorgung der DLRG-Station werde befürwortet, der Anschluß Gemeindehaus auf der Insel dagegen nicht, weil das Gebäude verkauft werden sollte.

Wenn das Unterfeld Stauraum für den Rhein werden sollte, müßten alle weiteren Planungen eingestellt werden, hob Günter Zerbe (FWG) hervor. Mit dem Kindergartenneubau sollten nun Nägel mit Köpfen gemacht werden. Der Umbau des Bahnhofs sei zu teuer. Für ein Kommunikationszentrum am geplanten „Park-and-ride“-Platz setze sich Zerbe weiter ein. Den Etat lehne die FWG ab.